

Stuttgart
09.01.2017

Geschichte des Wohlfahrtswerks für Baden-Württemberg

Im Jahr 1817 wurde in Stuttgart die „Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins“ aus der Taufe gehoben. Mit der Gründung dieser für die damaligen Verhältnisse einzigartigen Koordinierungsstelle für die Armenhilfe wurde im Land eine Basis für eine völlig neuartige Sozialpolitik geschaffen. Was auf Initiative von Königin Katharina von Württemberg in den Folgejahren realisiert wurde, kann als bahnbrechend bezeichnet werden. Das heutige Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg ist aus einer Nachfolgeorganisation der „Zentralleitung“ entstanden und erfüllt im Rahmen des Stiftungsauftrags vielfältige soziale und bildungspolitische Aufgaben.

ZEIT- UND NAMENSTAFEL

- 1817: Gründung als „Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins“, maßgeblich vorbereitet durch Königin Katharina von Württemberg
- 1921: Umbenennung in „Zentralleitung für Wohltätigkeit“ als Anstalt des öffentlichen Rechts und unter Aufsicht des Innenministeriums
- 1937: Umbenennung in „Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg“ durch das NS-Regime
- 1956: Umbenennung in „Landeswohlfahrtswerk für Baden-Württemberg“ mit neuer Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit
- 1972: Umwandlung in eine private Stiftung bürgerlichen Rechts. Neuer und aktueller Name: „Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg“.

1817 bis 1845:

Armut und große Not im „Ländle“, eine Königin mit Weitblick und einer guten Idee, Hilfe zur Selbsthilfe, Start der „Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins“

Als Folge der napoleonischen Kriege herrscht in Württemberg bittere Armut. Zudem bringt ein Vulkanausbruch in Indonesien Aschewolken über ganz Süddeutschland:

Im „Jahr ohne Sommer“ 1816 gibt es Unwetter und einen frühen Wintereinbruch. Die Landwirtschaft kann nicht mehr alle Menschen ausreichend versorgen mit der Folge einer verheerenden Hungersnot. Angesichts dieses Notstands initiiert Königin Katharina von Württemberg, die Anfang 1816 mit ihrem frisch angetrauten Gemahl König Wilhelm I. nach Stuttgart kommt, verschiedene soziale Projekte. Ein wichtiges davon ist die **Gründung der „Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins“** am 7. Januar 1817. Funktion der Organisation, die von Anfang an von Spenden und Schenkungen lebt, ist die Koordination und der Aufbau von dezentralen Hilfsvereinen auf halbstaatlicher Basis mit Unterstützung von amtlichen Stellen und Kirchen. Praktisch geht es um die Versorgung der Menschen mit Nahrungsmitteln und Kleidern. In einem zweiten Schritt soll für sie eine Beschäftigung gefunden werden. Königin Katharina war überzeugt davon: „Arbeit verschaffen hilft mehr als Almosen geben.“

1823 publiziert die Zentralleitung einen Aufruf zur Rettung verwaarloster Kinder „vor dem geistigen und körperlichen Unglück“. In den Folgejahren entstehen sogenannte **Kinderrettungsanstalten**. Diese werden auch in schwierigen Zeiten finanziell unterstützt. Zusätzlich bringt die Zentralleitung auf eigene Kosten Kinder aus den zehn ärmsten Orten Württembergs in **Rettungshäusern** unter. Von den Hausvätern fordert sie regelmäßig Berichte über die Entwicklung der Kinder in der Anstalt ein und kümmert sich um deren Unterbringung in Lehr- oder Dienststellen. Eine Großzahl der Anstalten besteht (wenn auch nicht immer in ihrer ursprünglichen Bestimmung) heute noch als Einrichtungen der Diakonie weiter, wie zum Beispiel die Paulinenpflegen in Kirchheim und Winnenden oder die Tuttlinger Jugendhilfe.

Außerdem initiiert die Zentralleitung die Gründung von **Industrieschulen**, in denen Jungen und Mädchen neben dem Volksschulunterricht frühzeitig mit praktischen Fertigkeiten vertraut gemacht werden. Ziel ist es, die Chancen der Kinder auf eine Dienst- oder Lehrstelle zu verbessern und damit das (Armut-)Risiko der Arbeitslosigkeit zu verringern.

Auch auf dem Gebiet der **Gesundheitsversorgung** der Bevölkerung ist die Zentralleitung aktiv und mit neuen Ideen tätig. Sie initiiert und finanziert Grundausbildungen für Krankenschwestern und entwickelt Ideen für eine mobile medizinische Basisinfrastruktur in den Gemeinden des Königreichs. Insbesondere bei der Bekämpfung von Seuchen und Epidemien ist die Zentralleitung ein kompetenter und handlungsfähiger Partner.

1848 – 1900:

Frauen engagieren sich in der Wohlfahrt, die Zentraleitung berät und bietet Fachwissen für die örtlichen Hilfsvereine, die Zeitschrift „Blätter für das Armenwesen“ wird gegründet

Jahr für Jahr etablieren sich immer mehr lokale Hilfsvereine, auch die Zuwendungen an die Zentraleitung steigen. Im September 1871 – nach Ausbruch des deutsch-französischen Kriegs – informiert die Zentraleitung die Oberämter darüber, dass man sich dem 1866 in Preußen gegründeten „Deutschen Frauenverein zur Pflege und Hilfe für Verwundete im Kriege“ (auch: „Vaterländischer Verein“) angeschlossen habe. In diesem Zusammenhang betont die Zentraleitung, wie wichtig ihr, wie schon zur Gründungszeit, die Mitarbeit von Frauen auf Bezirks- und Gemeindeebene ist.

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts positioniert sich die Organisation stärker als Initiator, Berater und Geldgeber für Vereine und Institutionen; zusätzlich erhalten die Vereine Informationen und Fachwissen. Ziele sind Aufbau und Verbesserung der Sozialinfrastrukturen auf der kommunalen Ebene und nicht die personenbezogene Einzelfallhilfe.

1848, im Jahr der ersten Deutschen Revolution, werden von der Zentraleitung die „**Blätter für das Armenwesen**“ ins Leben gerufen, zunächst als Beilage der in Stuttgart publizierten liberal-konservativen Tageszeitung Schwäbischer Merkur. Schon rasch wird daraus eine eigenständige Fachzeitschrift, die heute sechsmal pro Jahr unter dem Titel „Blätter der Wohlfahrtspflege“ erscheint und sich sozialpolitischen Themen und Sozialer Arbeit widmet. Im Rahmen des Stiftungsauftrages ist das Wohlfahrtswerk weiterhin Herausgeber des Titels, die Zeitschrift erscheint heute im Nomos-Verlag.

1900 – 1933:

Zentraleitung wird Anstalt des öffentlichen Rechts und gründet Unterorganisationen, viele Hilfsangebote nach Krieg und Rezession, ein Stifter legt den Grundstein für das erste Altenheim in Bad Cannstatt

Nach dem Umbruch 1918 und dem Wegfall der engen Verknüpfung mit dem Königshaus herrscht Unsicherheit bei den Verantwortlichen: Kann es so weitergehen wie bisher? Muss die Organisationsstruktur verändert werden? 1921 wird die „Zentraleitung des Wohltätigkeitsvereins“ umbenannt in „**Zentraleitung für**

Wohltätigkeit“. Die Institution wird zur Anstalt des öffentlichen Rechts und der Aufsicht des Innenministeriums unterstellt. Der einsetzende dynamische Ausbau der staatlichen Sozialpolitik (z. B. das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz sowie die Regelungen zur Bewältigung der Kriegsfolgen) sowie der Vermögensschwund durch Inflation schränken den Wirkungsbereich der „neuen“ Zentraleitung erheblich ein; zuvor schon hatte die Bismarck´sche Sozialgesetzgebung vieles neu und eigenständig gesetzlich geregelt. Dennoch kann die Zentraleitung neue Felder und wichtige Koordinationsfunktionen für die Wohlfahrtspflege übernehmen. Es zeigt sich, dass sie durch ihre unbürokratische Arbeitsweise mit wenig viel bewegen kann. Während staatliche Behörden langsam Hilfe etablieren, gründet man rasch Untereinrichtungen wie die **Mittelstandsnothilfe** mit der Unterabteilung **Künstler- und Schriftstellerhilfe** (Maler, Privatgelehrte, Musiker oder Schriftsteller werden hier z.B. durch Geld- und Sachleistungen wie verbilligtes Essen, Kleider und Ankauf von Kunstwerken unterstützt). So kann die Zentraleitung denjenigen Menschen unter die Arme greifen, die von den Sozialleistungen des Staates (noch) nicht unterstützt werden.

In die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts fällt auch die Eröffnung des **Pflaum´schen Altersheim** in Bad Cannstatt (1931). Die Einrichtung in der Züricher Straße mit 34 Plätzen bildet die Basis für die heutige Hauptaufgabe des Wohlfahrtswerks. Das heutige Altenburgheim entsteht, weil der jüdische Bankier, vielfache Aufsichtsrat und Verbandsfunktionär Alexander von Pflaum (†1911) in seinem Testament verfügt hat, dass 300.000 Mark zur Gründung eines Altenheims verwendet werden sollen. Mit der Durchführung beauftragt er die Zentraleitung. Aufgrund des Ersten Weltkrieges und der Rezessionsjahre dauert es jedoch 20 Jahre, bis der letzte Wille Pflaums erfüllt werden kann. Alexander von Pflaum verfügt in seinem Testament auch, dass die Zentraleitung die Falkertstr. 29 in Stuttgart-West vergünstigt erwerben kann. Das Haus ist seit 1914 Sitz der Organisation und ihrer Nachfolger.

1933 – 1945:

Gleichschaltung auch in der Wohlfahrt, neuer Name, Einschränkung der Aktivitäten

Nach der Machtergreifung durch die NSDAP im Jahr 1933 wird als Parteiorganisation die „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt“ etabliert. Sie vereint zahlreiche Initiativen im ganzen Reich – vor allem öffentlichkeitswirksame Bereiche wie zum Beispiel das Winterhilfswerk (von der Zentraleitung), das Bedürftige mit Sach- und Geldspenden unterstützt, oder im Krieg die Kinderlandverschickung. Sie übernimmt

auch mit den Wohltätigkeitsvereinen vor Ort die tragende Säule der operativen Tätigkeit der Zentralleitung.

Die bestehenden Organisationen der freien Wohlfahrtspflege bleiben vielfach erhalten, werden in ihren Funktionen aber stark eingeschränkt. So wird die „Zentralleitung für Wohltätigkeit“ 1937 umbenannt in **„Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg“** und sachlich auf die Aufsicht über die kirchlichen und privaten Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege reduziert. Der Personalbestand verringert sich auf wenige Mitarbeiter und der ehemals hauptamtliche Vorstand wird zur ehrenamtlichen Funktion (jetzt Karl Mailänder, im Hauptamt beschäftigt beim württembergischen Landesfürsorgeverband und beim Gauamt). Dass die Zentralleitung trotz aller Zentralisierungsbestrebungen als regionale, eigenständige Einheit erhalten bleibt, ist wohl auf die geschichtliche Tradition, das über ein Jahrhundert lange erfolgreiche Engagement in der Wohlfahrtspflege sowie auf die Zweckbindung verschiedener Stiftungen zurückzuführen, die von ihr verwaltet werden. Die Funktionsträger sind durchweg mit Vertrauenspersonen des Regimes besetzt (so mit Karl Mailänder auch bei der Zentralleitung) und politisch gut vernetzt – mit engen Kontakten in das Innenministerium und zu den NS-Parteiorganisationen.

Mit der Umbenennung der Zentralleitung geht eine inhaltliche Neuausrichtung im Sinne der nationalsozialistischen Sozialpolitik einher. Sichtbaren Ausdruck findet dies in dem in der Zentralleitung entworfenen **Heimerlass** vom 07.11.1938, der die öffentliche Jugendfürsorge betrifft. Der Erlass besagt, dass die Bewohner von Erziehungsheimen nach erbbiologischen und rassehygienischen Kriterien zu selektieren seien. Die württembergischen Erziehungsanstalten werden zu diesem Zweck vom Innenministerium neu organisiert und dann den unterschiedlichen Selektionsgruppen zugeordnet. Die Mitwirkung der Zentralleitung bei der Umsetzung der Reform wird im Heimerlass ausdrücklich vorgeschrieben. Die nationalsozialistische Fürsorge gilt nicht mehr dem einzelnen „Zögling“, sondern der Schaffung eines „kerngesunden Volkskörpers“. In der Praxis heißt dies: Rassistisch und erbbiologisch „Minderwertige“ sind von den „Gesunden“ zu trennen und entsprechend zu behandeln. Über 5.200 Kinder und Jugendliche werden so erfasst und in spezifischen Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege unter der Aufsicht der Zentralleitung untergebracht. So kann das Reichsinnenministerium 1944 leicht auf die „Mulfinger Kinder“ aus Sinti-Familien zugreifen und sie in Konzentrationslagern ermorden lassen.

Auch in die verwaltungstechnische Abwicklung der **Euthanasieaktion der „Zentraldienststelle T4“** (benannt nach ihrem Sitz in der Tiergartenstr. 4 in Berlin) ist die

Zentralleitung eingebunden. Die (Reichs-)Sonderbehörde T4 hat 1937 u.a. die Anstalt Grafeneck beschlagnahmt und zur Tötungsstation für Euthanasieopfer umfunktioniert. Aufgabe des (Landes-)Innenministeriums und der nachgeordneten Behörden – und damit auch der Zentralleitung – ist es, an der Erstellung von Namenslisten aus den beaufsichtigten Anstalten zur „Überstellung“ nach Grafeneck mitzuwirken.

Auch wenn nicht alle Entscheider in der Zentralleitung NSDAP-Mitglieder waren, so trugen sie doch den Heimerlass und die Aktion T4 mit und wurden zu Unterstützern der menschenverachtenden NS-Ideologie. Eine umfangreiche Darstellung zur Funktion der Zentralleitung während des Dritten Reiches findet sich im zum Jubiläum erschienenen Buch „Hilfe zur Selbsthilfe – 200 Jahre Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg“.

1945 – 1959:

Neustart nach Krieg und Vertreibung, neuer Name und neue Unternehmensform als Anstalt des öffentlichen Rechts, Planung neuer Altenhilfeeinrichtungen

Die Not nach Ende des Zweiten Weltkriegs ist groß. Viele Gebäude sind zerstört, Arbeitsmöglichkeiten zunächst nur wenige vorhanden. Flüchtlinge und Heimatvertriebene strömen nach Württemberg. Es fehlt an Wohnungen, Hausrat, Bekleidung, Heizungsmitteln und Ernährung. Vor allem alleinstehende ältere Menschen sind benachteiligt. So entwickeln sich situationsbedingt **neue Aufgabenfelder** für die Zentralleitung.

Mit der gemeinnützigen Verkaufsstelle, der späteren **Mittelstandshilfe**, wird eine Einrichtung zum Handel mit gebrauchtem Hausrat geschaffen, die sich in weiten Teilen der Bevölkerung größter Beliebtheit erfreut und bis in das 21. Jahrhundert überdauert. Der **Schwäbische Frauenfleiß** eröffnet Möglichkeiten zur häuslichen Herstellung und zum öffentlichen Verkauf von Bekleidung und Textilien ebenso wie die Durchführung von Kleidersammlungen.

Schließlich wird das **Angebot von Wohnraum und Hilfsdiensten für ältere Menschen** zu dem Aufgabenfeld, das das Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg noch heute prägt. So betreibt das Landeswohlfahrtswerk bereits 1959 das Altenburgheim in Bad Cannstatt, das Mörikeheim und das Ludwigstift in Stuttgart sowie ein Frauenstift in Neuenstadt/Kocher. Im gleichen Jahr laufen die Planungen für neue Einrichtungen in Fellbach und Ludwigsburg.

Als 1947 der Paritätische Wohlfahrtsverband in Württemberg-Baden wieder gegründet wird, zählt das Wohlfahrtswerk – wie bereits 1925 bei der **Gründung des „Fünften Wohlfahrtsverbands“** – zu den Gründungsmitgliedern.

Nachdem die drohende Gefahr einer Auflösung gebannt ist, soll eine Neuorganisation geschaffen werden. Zahlreiche Diskussionen werden geführt: Brauchen wir noch eine „Zentraleitung“ und wenn ja, in welcher Rechtsform? Karl Mailänder, der seit 1950 erneut der Zentraleitung vorsteht, beurteilt die Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts mit starker Abhängigkeit vom Staat als sehr kritisch; letztendlich kommt es aber so. Am 1. April 1956 treten die neuen Regelungen in Kraft, der Name wird in **„Landeswohlfahrtswerk für Baden-Württemberg“** geändert. Zu den Aufgaben gehören neben dem Bau und Betrieb von Altenhilfeeinrichtungen zunehmend auch Planungsfragen zur Infrastruktur.

1960 – 1969:

Expansion, Grundsatzdebatten über die Zukunft und ein Vorschlag für eine neue Rechtsform

In diesem Jahrzehnt entstehen **neue Altenheime** – etwa im badischen Mingolsheim (das spätere Kraichgauheim), in Kornwestheim (Jakob-Sigle-Heim, mit Unterstützung von Salamander) oder in Ludwigsburg (Karl-Walser-Haus). Durch die Expansion und Bautätigkeit wird dem Verwaltungsausschuss bewusst, dass auf lange Sicht Spenden und staatliche Zuschüsse nachhaltig eingeworben werden müssen. Denn das einst große Stiftungsvermögen ist durch Inflation in den Zwanziger Jahren und die Währungsreform 1948 auf einen kleinen Rest zusammenschmolzen.

Im März 1969 legt der Landesrechnungshof dem Landtag einen kritischen Bericht zur Sonderstellung des Landeswohlfahrtswerks vor. Hintergrund ist die Frage, ob es für den Betrieb der Altenheime wirklich einer Landesbehörde (mit Landesbeamten) bedürfe; auch nehme die Notstandshilfe immer mehr ab; zudem stehe das Landeswohlfahrtswerk zwischen der Landesverwaltung und den Trägern der freien Wohlfahrtspflege. Der Abgeordnete Wilhelm Buggle stellt daraufhin im Landtag den Antrag, das Landeswohlfahrtswerk ersatzlos aufzulösen und die von ihm betriebenen Altenhilfeeinrichtungen auf andere freie Träger zu übertragen. Nach langen und intensiven Diskussionen verständigt sich der Landtag darauf, das Landeswohlfahrtswerk in eine **Stiftung des bürgerlichen Rechts umzuwandeln**, die die Vermögenswerte des Landeswohlfahrtswerks und den Betrieb der Altenheime übernimmt.

1970 – 1979:

Stiftungsmodell ab 1972, Umbenennung in den noch heute geführten Namen, weitere Aufgaben in der Satzung, Start des Freiwilligen Sozialen Jahres

1972 gründet das Land Baden-Württemberg die privatrechtliche **Stiftung „Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg“**. Durch die neue Rechtsform soll die Institution gefestigt und ihre Unabhängigkeit von öffentlichen Rahmenbedingungen gesichert werden; zugleich wird damit eine bisherige Landeseinrichtung erfolgreich privatisiert. In der Satzung werden die Zwecke der Stiftung festgeschrieben. Dazu gehören neben dem Betrieb von Einrichtungen und Diensten auch die Aus- und Weiterbildung im Sozialbereich, die Herausgabe von Publikationen sowie die Verwaltung anderer Stiftungen. In den ersten Jahren der neuen Unabhängigkeit gilt die Aufmerksamkeit der wirtschaftlichen Konsolidierung der Einrichtungen.

Im Jahr 1978 beginnen die ersten 13 jungen Frauen und zwei junge Männer ihr **Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ)** in den Altenpflegeeinrichtungen des Wohlfahrtswerks. Heute ist die Stiftung der viertgrößte FSJ-Träger in Baden-Württemberg und organisiert das Freiwilligenjahr für rund 1.250 junge Menschen in rund 400 Einrichtungen verschiedener Träger, die – wie das Wohlfahrtswerk – Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband sind.

1980 – 1989:

Modellprojekte rund um neue Wohnformen für ältere Menschen, Pionier des Betreuten Wohnens, eigene Fortbildungsabteilung

Gemäß dem Stiftungsauftrag, Innovationen zu fördern, werden neue Angebote für Senioren eingeführt: 1981 die **Tagespflege für Ältere** im Ludwigstift in Stuttgart-West. Mit dem „Betreuten Wohnen Stuttgart-West“ wird das **Betreute Wohnen für Senioren** in Deutschland eingeführt. Heute betreibt das Wohlfahrtswerk an 17 Standorten Seniorenwohnanlagen mit Mietwohnungen im Betreuten Wohnen.

Das Wohlfahrtswerk weitet die schon seit den 1970er Jahren intern organisierten Fortbildungsaktivitäten aus und gründet 1982 eine Fortbildungsabteilung, deren Angebote bald für Teilnehmer von anderen Trägern geöffnet werden. Seit 2005 wird das **Bildungszentrum Wohlfahrtswerk** als eigenständige Einrichtung geführt. Heute bietet es zahlreiche Fort- und Weiterbildungen in der Altenhilfe sowie drei grundlegende Ausbildungen (Altenpflege, Altenpflegehilfe, Servicehelfer im Sozial- und Gesundheitswesen) an.

1990 – 2000:

Tochterfirmen werden gegründet, erste Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige, neue Einrichtungen und Anpassung an Rahmenbedingungen der Pflegeversicherung

Im Mittelpunkt dieser Dekade steht die weitere Professionalisierung der Altenpflege, insbesondere auch durch neue Service-Angebote. So entsteht 1995 mit der Silberburg Hausdienste GmbH (Reinigung & Haustechnik) die erste von heute insgesamt vier **Tochtergesellschaften**, die Dienstleistungen für die Stiftung erbringen. Es folgen 1998 die Wohlfahrtswerk Altenhilfe gmbH (Einrichtungen und Dienste) und 2005 die Wohlfahrtswerk Management und Service GmbH (Verwaltung) sowie die Wohlfahrtswerk Bau- und Immobilienmanagement GmbH (Immobilien).

In den 1990er Jahren werden erste **Konzepte für Wohngemeinschaften** erstellt, in denen Menschen mit Pflegebedarf betreut werden sollen. Im Jahr 1992 ergänzen drei **neue Einrichtungen** das Portfolio: das Haus am Weinberg (Stuttgart-Obertürkheim), das Haus an der Steinlach (Mössingen) sowie das Haus am Fleinsbach (Filderstadt-Bernhausen). In Heimsheim nimmt 1996 das Haus Heckengäu seinen Betrieb auf. Ein Jahr später wird mit dem Haus im Park ein Pflegeheim im Zollern-Alb-Kreis eröffnet. 1999 entsteht das Lußhardtheim in Waghäusel (Landkreis Karlsruhe).

Die **Einführung der Pflegeversicherung** 1995 führt zur Reorganisation: Altenheimplätze werden umgewandelt in Betreutes Wohnen und hausinterne Teams werden zu ambulanten Pflegediensten. Beim 1. Internationalen Kongress des Wohlfahrtswerks im Jahr 1999 wird der Fokus auf das Thema Demenz gerichtet. Dies führt zu neuen konzeptionellen Überlegungen.

2000-2009:

Sonderpflegebereich Demenz, Pflege-WGs mit Alltagsbegleitung, Eröffnung des vielfach ausgezeichneten Generationenhaus West, Modellprojekte zu „Technikunterstütztem Wohnen“

2001 wird mit der **Domus-Wohngruppe** im Ludwigstift der erste Sonderpflegebereich in Baden-Württemberg für körperlich mobile Menschen mit schwerster Demenz eingerichtet. Eine der ersten **ambulanten Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige** in Baden-Württemberg – mit Alltagsbegleitern rund um die Uhr und freier Wahl des Pflegedienstes – wird 2000 im Drosselweg in Fellbach geschaffen.

2008 folgt eine weitere ambulante Senioren-WG in Stuttgart-Rot (Schozacher Straße).

2002 eröffnet in der Ludwigstraße in Stuttgart das **Generationenhaus West** der Rudolf Schmid und Hermann Schmid Stiftung. Unter einem Dach befinden sich hier Angebote von vier Trägern: Appartements für Betreutes Wohnen des Wohlfahrtswerks, ein Pflegedienst, eine städtische Kita und ein Eltern-Kind-Zentrum.

2008 wird im Ersatzneubau des Fellbacher Haus am Kappelberg die Erfahrung aus der ambulanten WG auf das Pflegeheim übertragen: Das Konzept der **stationären Wohngemeinschaften** wird eingeführt. Die Alltagsbegleitung wird als eigenständiger Arbeitsbereich etabliert und das Pflegeteam beim Mobilen Dienst verortet.

Als einer der ersten Träger bundesweit beteiligt sich das Wohlfahrtswerk seit 2006 an verschiedenen **Forschungs- und Modellprojekten**, bei denen erprobt wird, wie sich Digitalisierung in die Wohn- und Betreuungsangebote einbinden lässt. Eine Übersicht aktueller Projekte ist auf der Homepage unter www.wohlfahrtswerk.de/projekte.html veröffentlicht.

2010 – 2017:

Berufsfachschulen entstehen, Start des Bundesfreiwilligendienstes, Auszeichnung als innovatives Unternehmen

Die „Private Berufsfachschule für Sozialpflege mit Schwerpunkt Alltagsbetreuung“ wird 2010 vom Regierungspräsidium Stuttgart anerkannt – als Träger für die **Ausbildung zum/zur „Servicehelfer/in im Sozial- und Gesundheitswesen“**. Die Ausbildung war 2006 von der Robert Bosch Stiftung als Modellprojekt initiiert worden und hat zum Ziel, Hauptschulabsolventen einen Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Das Wohlfahrtswerk wird zum 1. Juli 2011 innerhalb des Paritätischen Gesamtverbands Träger des neuen **Bundesfreiwilligendienstes (BFD)**, der den Zivildienst ablöst. Aktuell organisiert das Wohlfahrtswerk für rund 200 Freiwillige in rund 100 Einsatzstellen in Baden-Württemberg (Stand Januar 2017) diesen Dienst. 2016 startet das Programm „Geflüchtete Menschen im BFD“, das die Arbeit in sozialen Einrichtungen kombiniert mit sozialpädagogischer Begleitung und Sprachkursen.

2013: Das Wohlfahrtswerk erhält den **Innovationspreis „Top100“** und zählt damit zu den 100 innovativsten mittelständischen Unternehmen Deutschlands. Im Jahr 2016 wird der Altenhilfeträger erneut ausgezeichnet.

Im Oktober 2013 gründet das Wohlfahrtswerk eine eigene **Altenpflegeschule**. Die „Private Berufsfachschule für Altenpflege und Altenpflegehilfe“ unter dem Dach des Bildungszentrums Wohlfahrtswerk startet im ersten Jahrgang mit 28 Auszubildenden. Eine Besonderheit ist ihre modulare Ausbildungsstruktur, mit der sie Vorreiter bei den Altenpflegeschulen Baden-Württembergs ist.

2017 feiert das Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg sein 200-jähriges Bestehen. An 19 Standorten sind rund 1.400 Menschen für die Stiftung und ihre Tochtergesellschaften tätig.

Das Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg

Das Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg ist eine Stiftung des bürgerlichen Rechts und wurde 1817 von Königin Katharina von Württemberg gegründet. An 19 Standorten in Baden-Württemberg betreibt die Stiftung Pflegeheime und Seniorenwohnanlagen. Dazu kommen ambulante Dienste, mobile Essensdienste sowie ein eigenes Bildungszentrum. Mit über 1.250 Teilnehmerinnen und Teilnehmern pro Jahrgang ist das Wohlfahrtswerk einer der größten Träger des Freiwilligen Sozialen Jahrs (FSJ) in Baden-Württemberg und gleichzeitig Träger des Bundesfreiwilligendienstes (BFD).